

Antrag Nr. 09-F-25-0082

Koa

Betreff:

EU-Dienstleistungsrichtlinie

-Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 28.04.2009-

Antragstext:

Die EU - Dienstleistungsrichtlinie ist ein bedeutender europäischer Rechtsakt und hat enorme wirtschaftliche Auswirkungen, auch auf die Kommunen.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. in einem Sachstandsbericht darstellen, wie er die Anforderungen aus der EU-Dienstleistungsrichtlinie, deren Ziel es ist, bürokratische Prozesse zu bündeln und auch abzubauen, in Wiesbaden erfüllen will;
2. die notwendigen Zuarbeiten zum hessischen „Einheitlichen Gesprächspartner“ (EAH) für die Wirtschaft in Wiesbaden zu übernehmen;
3. sicherzustellen, dass bis Ende des Jahres die für die Umsetzung der Richtlinie notwendigen Verwaltungsverfahren entsprechend der Landesvorgaben elektronisch abgewickelt werden können, das „EAH - Gesetz“ für Wiesbaden umgesetzt wird und die Normprüfung vollständig abgeschlossen werden kann.

Wiesbaden, 02.09.2009